



Straßburg, 20. Mai 2010

CDL-UD(2010)027

Nur deutsch

EUROPÄISCHE KOMMISSION FÜR DEMOKRATIE DURCH RECHT
(VENEDIG-KOMMISSION)

in Kooperation mit
dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten
und
dem Executive Campus HSG der Universität St. Gallen

im Rahmen des Vorsitzes der Schweiz
im Ministerkomitee des Europarates

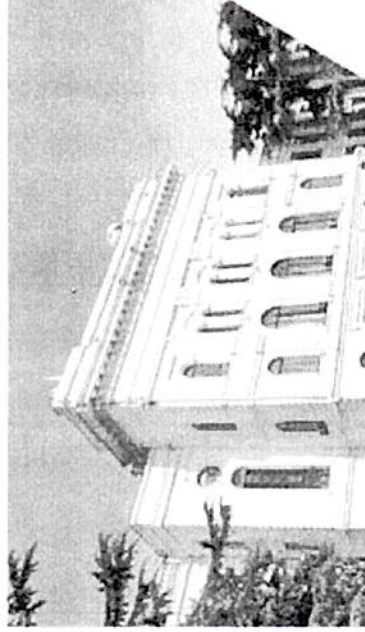
KONFERENZ

über « Demokratie und Dezentralisierung
Stärkung der demokratischen Institutionen, durch Beteiligung »

St. Gallen, Schweiz, 3.-4. Mai 2010

**MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER DEZENTRALISIERUNG
BEI DER KONFLIKTLÖSUNG IN
MULTIETHNISCHEN GESELLSCHAFTEN**

von Herrn Giorgi KHUBUA, Professor
Staatliche Ivane Javakhishvili Universität Tbilisi (Georgien)



მეცნიერებათა აკადემია
საქართველოს მეცნიერებათა
აქადემია

Möglichkeiten und Grenzen der Dezentralisierung bei der Konfliktlösung in multiethnischen Gesellschaften

Prof. Dr. Giorgi Khubua
Staatliche Ivane Javakishvili Universität Tbilisi, Georgien

St. Gallen, 4. Mai 2010



Die integrative Funktion der Dezentralisierung

- Die Dezentralisierung ist eine Möglichkeit „zur Vereinigung der abgetrennten Teile“ und dient nicht zur „Verteilung der Einheit“.
- Die Dezentralisierung kann gewährleisten, Konflikte in einem rechtlichen Rahmen zu lösen und ihnen eine juristisch kontrollierte Form zu geben.
- Mit dem mehr an Autonomie “kommen wir auf getrennten Wegen zueinander“.

Vorteile der Dezentralisierung

- **Die jeweilige Landesregierung** steht in unmittelbarer geographischer Nähe zu ihren Bürgern. Für die Staatsgewalt besteht daher kein Problem der Anonymität.

Der Polyzentrismus

- Er bietet eine Ebene für die gleichmäßige Entwicklung der politischen Prozesse im gesamten Staat.
- Zusätzlich zu einem gesunden Wettbewerb der politischen Parteien untereinander bietet er auch die Möglichkeit, lokale Interessen zu befriedigen.
- Mit seiner Hilfe verbessert sich nicht nur die Entwicklung der politischen Kultur der Gesellschaft, sondern er fördert darüber hinaus auch den bestehenden politischen Dialog.

Die Dezentralisierung

- Sie kann einer ehemaligen Minderheit dazu verhelfen, dass diese zu einer Mehrheit wird.
- Dem Prinzip der Subsidiarität folgend gewährleistet die Dezentralisierung, dass staatliche Entscheidungen und ihre Umsetzung auf der optimalen Ebene erfolgen.
- Sie bietet einen zusätzlichen Mechanismus zur Lösung von Konflikten.
- Sie stellt eine zusätzliche Basis für die staatliche Legitimation dar.
- Mit der Dezentralisierung wird ein Prinzip der vertikalen Machtverteilung begründet.
- Disparitäten innerhalb der verschiedenen Regionen eines Staates können bekämpft werden.

Dezentralisierung und politische Kultur

- Das dezentrale System verlangt eine besondere Kultur des politischen Dialogs.
- Der für die Dezentralisierung charakteristische politische Polyzentrismus ist auf Konsens gegründet.
- Den Status der Autonomie hat man nicht erhalten, weil um ihn „gekämpft“ wurde.
Die Autonomie kann nicht als ein „Beruhigungsmittel“ der extremistischen Gruppen bezeichnet werden.
- Im Fall eines Konsens kann es nicht sein, dass nur eine Seite zufrieden und die zweite unzufrieden ist. Bei Vorliegen eines Konsens sollen beide Seiten gleichmäßig unzufrieden sein (Kompromisse eingehen).
- Die Autonomie soll für die ethnischen Gruppen nicht zu einer Selbstisolation führen.



Risiken der Dezentralisierung

- Die Schaffung gleichwertiger Lebensstandards könnte behindert werden.
- Der politische Entscheidungsprozess würde sich verkomplizieren. Im Falle eines komplett konsensorientierten dezentralen Staatsgefüges, sind verschiedene Regierungsebenen eher zu Kompromissen geneigt und lehnen rein rationales und technokratisches Verwaltungs- bzw. Regierungshandeln ab.

Das Vorliegen **verschiedener Entscheidungs- und Machtzentren** erschwert die Einhaltung des Grundsatzes der Transparenz, insbesondere auf regionaler Ebene.

weitere Risiken der Dezentralisierung

- Die Mechanismen bzw. Instrumente zum Minderheitenschutz können gerechtfertigt sein, vorausgesetzt dass die Minderheit in einem geographisch klar umrissenen Gebiet angesiedelt ist. Wenn dies nicht der Fall ist, sollten die Rechte der Minderheiten durch die Zentralregierung geschützt werden.
- Sollte eine Region keine ausreichenden Ressourcen haben, um die ihr übertragenen Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen, dann wird sich der regionale Ansatz in einen zentralen Ansatz umkehren. Daher werden nur existenzfähige Regionen die Dezentralisierung unterstützen.



Autonomie und Dezentralisierung

- Dezentralisierung bedeutet nicht gleich „Anti-Zentralismus“.
- Das Prinzip der “Non-Zentralisierung“ schließt die Existenz einer solchen „Super-Instanz“ aus, welche nach dem eigenen Willen die Kompetenzen de- und rezentralisieren kann.
- Die Beziehung zwischen territorialen Einheiten schließt keine Hierarchie aus, aber diese Beziehung wird nicht nach dem Modell der „Zentrum – Peripherie“ gestaltet sein.
- Die Region soll damit einverstanden sein, dass sie eine Reihe von Kompetenzen der zentralen Macht übergibt. Aber, was die Region im Hinblick auf den Umfang von Kompetenzen „verliert“, gewinnt sie in anderer Hinsicht durch die Eingliederung in das größere Ganze.
- Den Regionen wird eine breite Perspektive gegeben, sich in den größeren Markt zu integrieren, die finanziellen Ressourcen zu nutzen, an den internationalen Beziehungen teilzunehmen usw.

Dezentralisierung und „positive Diskriminierung“

- Im Fall der Dezentralisierung wird „die ehemalige Minderheit“ zur „Mehrheit“.
- Die Politik unterstützt mit aktiven Förderungsmaßnahmen (positive Diskriminierung) den Schutz der ethnischen Minderheiten.
- „Das Sich-Wohlfühlen der Minderheit“ soll nicht „das Sich-Unwohlfühlen der Mehrheit“ bedeuten. Dieses System soll die Selbstisolation nicht unterstützen.
- Ethnischen Gruppen wird nicht nur eine weitgehende Autonomie erhalten, sondern es wird die Verantwortung für den Gesamtstaat gemeinsam getragen.

Die Selbstbestimmung bedeutet kein Recht auf Sezession

- Die Selbstbestimmung kann auch im Rahmen des einheitlichen Staates funktionieren.
- Die Selbstbestimmung bedeutet das Recht auf Demokratie und nicht auf eigene Staatlichkeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

